



Junge Gruppe gegen Rentenpaket: SPD und Union suchen Ausweg aus der Blockade

SPD und Union sollen wohl neue Spitzen für die Rentenkommission diskutieren. Unter anderem sollen diese Personalvorschläge im Raum stehen.



Sinem Koyuncu

20.11.2025

🔄 22.11.2025, 11:49 Uhr



Pascal Reddig (CDU) spricht in der Debatte im Bundestag. Könnte er schon bald in der Rentenkommission sitzen?

Niklas Graeber/dpa

In den Konflikt über das Rentenpaket, der vor allem in der Union schwelt, aber auch den Koalitionspartner SPD belastet, könnte Bewegung kommen. Nach Informationen der Medienplattform The Pioneer kursieren in der SPD mehrere mögliche Kompromissvorschläge, um den festgefahrenen Streit zu lösen. Wie die Bild berichtet, habe die SPD die Vorschläge von der Jungen Gruppe der CDU zugesandt bekommen.

Doch es soll auch um Personal gehen. Wie The Pioneer berichtet, gebe es innerhalb der SPD die Idee, den Vorsitzenden der Jungen Gruppe, Pascal Reddig, in die geplante Rentenkommission zu berufen. Auch soll die Rede davon sein, Reddig zum Vorsitzenden zu ernennen. Laut Bild denkt die Union darüber nach, außerdem den Chef der Jungen Union, Johannes Winkel, in das Gremium zu schicken. Mit diesem Personalpaket könnte das Argument der „Rentenrebell“, sie könnten der Kommission mangels Mitsprachemöglichkeit nicht vertrauen, entkräftet werden.

Seit Wochen wird über das Rentenpaket gestritten. So will die Junge Gruppe nicht, dass die Haltelinie für das Rentenniveau von 48 Prozent über das Jahr 2031 hinaus gelten soll. Die 18 Abgeordneten unter 35 Jahren, die dieser Gruppe angehören, lehnen die zusätzliche Stabilisierung ab und sprechen von bis zu 120 Milliarden Euro Mehrkosten.

SPD-Ökonom Südekum: „Finanziell kaum leistbar“

Parallel dazu hat der Ökonom und SPD-Berater Jens Südekum die Erwartungen an eine Verlängerung der Haltelinie über 2031 hinaus gedämpft. Das sei finanziell kaum leistbar, sagte er der Medienplattform Table.Media. Die SPD betont jedoch, dass über Regelungen nach 2031 ohnehin die neue Reform im kommenden Jahr entscheiden soll.

Die SPD-Fraktion selbst weist jedoch auf Nachfrage der Berliner Zeitung jede Debatte über das Aufschnüren des Pakets zurück. In einer schriftlichen Stellungnahme heißt es: „Die SPD-Fraktion hält sich strikt an den Koalitionsvertrag. Für uns ist klar, dass die Haltelinie bis 2031 wie vereinbart beschlossen wird“, so ein Sprecher der SPD-Fraktion.

SPD: Rentenpaket soll noch dieses Jahr verabschiedet werden

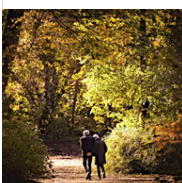
Damit sichere die SPD das Vertrauen in die Rente. „Unser Ziel ist, das Rentenpaket noch in diesem Jahr zu verabschieden. Ein Herauslösen oder Zurückziehen einzelner Teile steht für uns nicht zur Debatte“, heißt es weiter. Eine namentliche Abstimmung diene der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und sei kein Druckmittel.

Kritik kommt dagegen vom linken Flügel der Partei. Ein Sprecher des Juso-Bundesvorstands erklärt auf Anfrage der Berliner Zeitung: „Bei der Rente gibt es keinen Konflikt zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich.“ So sei korrekt, dass an Stellschrauben gedreht und die gesetzliche Rente reformiert werden müsse, um sie zu stärken. Dazu brauche es eine größere Beitragszahlerbasis und mehr Umverteilung innerhalb des Systems.



Was das neue Rentenpaket für Bürger wirklich bedeutet

Politik 17.11.2025



„Die Politik spielt uns gegeneinander aus“: Was Berliner über die Rentenpläne der Bundesregierung denken

Jusos äußern deutliche Kritik

„So bekommen wir auch die Herausforderungen, die ab Anfang der 2030er-Jahre entstehen, abgedeckt. Aber der ständige Abgesang auf die gesetzliche Rente und diese unsäglichen Kürzungsdebatten sind fehl am Platz“, heißt es weiter. Eine schwache gesetzliche Rente könnten sich laut dem Juso-Sprecher nur die leisten, die ohnehin ein paar Millionen auf dem Konto liegen haben.

Eine weitere Option sei eine politische Verständigung der Fraktionschefs Jens Spahn (CDU/CSU) und Matthias Miersch (SPD). Kern wäre, alle Passagen zur Stabilisierung des Rentenniveaus nach 2031 per Änderungsantrag aus dem Gesetz zu streichen – strikt im Sinne des Koalitionsvertrags. Zwar gelte das in der SPD als inhaltlich verkraftbar, politisch aber heikel, weil es wie ein Erfolg der Jungen Gruppe wirken könnte.

Aktuelles Rentenpaket komplett zurückziehen?

Als dritte Möglichkeit stünde im Raum, das aktuelle Rentenpaket komplett zurückzuziehen. Damit wären auch die beiden CDU-Forderungen nach einer Aktivrente und einer Mütterrente vorerst vom Tisch. Stattdessen könnte im kommenden Jahr eine umfassende Reform – Rentenpaket I und II zusammen – vorbereitet werden.

Mehrere SPD-Abgeordnete warnen vor den Folgen, sollte die Junge Gruppe an ihrem Nein festhalten. So reichen die Szenarien von Neuwahlen bis zu einer CDU-Minderheitsregierung, die sich auf AfD-Stimmen stützen könnte. Die SPD-Fraktion bereite zudem eine namentliche Abstimmung über das Rentenpaket vor, um öffentlich sichtbar zu machen, wer die Koalition gefährdet.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.